

Antrag 02: Stärkung der Finanzautonomie unserer Kommunen statt Förderbürokratie!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller:	JU Schleswig-Flensburg
Status:	angenommen

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- Eine Reduzierung der zweckgebundenen finanziellen Fördermittel an die Kommunen vonseiten des Landes, des Bundes und der Europäischen Union. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel sollen durch erhöhte allgemeine Finanzausweisungen ohne Zweckbindung an die Kommunen verteilt werden.
 - Die Beibehaltung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer als stabile Einnahmequellen und die Autonomie der Kommunen bei der Festlegung der Hebesätze.
 - Die Einführung eines echten Konnexitätsprinzips. Das Land, der Bund und die Europäische Union dürfen keine Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne gleichzeitig die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Das Konnexitätsprinzip muss die Grundlage der Beziehung zwischen den Kommunen und Land, Bund sowie der Europäischen Union bilden, um die finanzielle Selbstständigkeit und die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und sollte dementsprechend auch so in der Verfassung der Länder und des Bundes einheitlich und klar geregelt werden.

Begründung

Die aktuelle Vielfalt an Förderprogrammen ermöglicht es Kommunen zwar, spezifische Projekte zu finanzieren, jedoch führt dies in der Praxis oftmals, insbesondere in finanzschwachen Kommunen, zu Investitionen, die nicht ideal auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten sind, nur um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen. Nicht selten beantragen und erhalten Gemeinden auch Fördermittel für Projekte, die nicht ihrem tatsächlichen Bedarf entsprechen, was eine ineffiziente Mittelverwendung nach sich zieht.

Wir setzen uns für eine Reduzierung der zweckgebundenen finanziellen Fördermittel von Land, Bund und EU ein. Diese Mittel sollen durch erhöhte allgemeine Finanzausweisungen ersetzt werden, die den Kommunen vollständige Entscheidungsfreiheit in ihrer Verwendung ermöglichen und so eigenverantwortliche und flexible Reaktionen auf lokale Bedürfnisse gewährleisten. Durch diese Umstellung können Ressourcen effektiver und effizienter eingesetzt werden, ohne durch die Vorgaben der Förderbürokratie eingeschränkt zu sein.

Die Grundsteuer und Gewerbesteuer sind als verlässliche Einnahmequellen zu erhalten. Die Autonomie der Kommunen bei der Festlegung der Hebesätze muss gestärkt werden, um ihnen eine stabile finanzielle Basis zu sichern. Jegliche Bestrebungen, die Grundsteuer oder Gewerbesteuer zu reduzieren, ohne einen angemessenen Ausgleich für die Kommunen zu schaffen, lehnen wir ab.

Zudem ist die Einführung eines echten Konnexitätsprinzips essentiell. Es darf nicht vorkommen, dass Kommunen von höheren staatlichen Ebenen mit neuen Aufgaben betraut werden, ohne dass ihnen die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.